

SoVD und andere Verbände zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Barrierefreiheit braucht Kompetenzzentrum

Anlässlich des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai machen der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen (BVN), die Lebenshilfe Niedersachsen, der Paritätische Niedersachsen und der SoVD-Landesverband Niedersachsen gemeinsam darauf aufmerksam, dass das Landeskompennenzentrum Barrierefreiheit in Niedersachsen kurzfristig umgesetzt werden muss.

Die vier Verbände nehmen den Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai

zum Anlass, um gemeinsam für die Errichtung des Landeskompennenzentrums Barrierefreiheit einzutreten. Damit greifen sie

das von der Aktion Mensch in diesem Jahr auserufene Motto „Zukunft barrierefrei gestalten“ auf – und erinnern an den bereits 2021 erfolgten Beschluss des Landes, ein solches Zentrum zu errichten. Frank Steinsiek, Landesgeschäftsführer der Lebenshilfe Niedersachsen, dazu: „Der Protesttag ist für uns ein ganz wichtiger Tag, da er Menschen mit Beeinträchtigungen und ihr Recht auf Teilhabe und Inklusion in den Fokus rückt. Insbesondere Barrierefreiheit spielt dabei, dieses Recht auch vollständig umzusetzen. Die Schaffung des Landeskompennenzentrums für Barrierefreiheit wurde beschlossen. Die Landespolitik ist nun aufgefordert, dies schnellstmöglich umzusetzen.“

Der BVN-Vorstandsvorsitzende Hans-Werner Lange unterstreicht die Dringlichkeit: „Wir als Verband weisen schon lange darauf hin, dass Barrierefreiheit nachhaltig und aus Sicht mehrerer Perspektiven umgesetzt

werden muss. Aus dem Grund haben wir den Beschluss 2021 sehr begrüßt, aber nun sollten auch Taten folgen – besser heute als morgen.“

Der Beschluss, das Landeskompennenzentrum zu errichten, ist Teil der Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes (NBGG). Der Niedersächsische Landtag hatte die Änderung des Gesetzes am 16. Dezember 2021 mit großer Mehrheit beschlossen. Sie zielt darauf ab, das Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz an die UN-Behindertenrechtskonvention anzupassen, die seit 2009 in Deutschland gilt.

„Die Änderung des NBGG war ein wichtiger Schritt in Richtung umfassender Barrierefreiheit. Dafür haben wir uns im Bündnis mit anderen Verbänden stark gemacht. Trotzdem sind viele Einrichtungen und Angebote noch immer nicht für alle Menschen zugänglich. Um eine gleichberechtigte Teilhabe nach UN-Behindertenrechtskonvention zu

erreichen, braucht Niedersachsen das Kompetenzzentrum“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD-Landesverbands Niedersachsen.

Das Zentrum soll unabhängige und zentrale Anlauf- und Beratungsstelle zu Fragen rund um Barrierefreiheit werden, sowohl für Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Angehörige, als auch für Behörden und weitere Akteure. „Städte, Gemeinden, aber auch Unternehmen und Organisationen benötigen dringend eine Beratung zur Umsetzung und Vielschichtigkeit von Barrierefreiheit“, sagt Kerstin Tack, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. „Das beginnt mit dem Zugang zu einem Gebäude und umfasst die Kommunikation in Leichter Sprache, ein Blindenleitsystem, die Höraustik und vieles mehr. Um dies leisten zu können, fordern wir die schnellstmögliche Einrichtung eines Landeskompennenzentrums für Barrierefreiheit.“



Foto: Lennart Helal

Bis heute sind nicht alle öffentlichen Gebäude selbstverständlich barrierefrei und für alle zugänglich gestaltet.

SoVD fordert: Deutschlandticket muss auch in Papierform oder als Chipkarte verkauft werden

Ältere Menschen nicht von Nutzung ausschließen

Am 1. Mai ist das sogenannte Deutschlandticket gestartet, mit dem für 49 Euro monatlich Busse und Bahnen genutzt werden können. Das Problem: Bei vielen Verkehrsverbänden in Niedersachsen kann das Ticket nur digital über ein Smartphone gekauft werden. Der SoVD in Niedersachsen sieht darin eine Diskriminierung von Menschen, die nicht über ein entsprechendes Gerät verfügen – insbesondere Senior*innen.

Rund eine halbe Million Menschen haben bundesweit bereits das Deutschlandticket gekauft, um Busse und Bahnen günstiger nutzen zu können. „Viele unserer Mitglieder erzählen uns allerdings, dass sie das Ticket nicht erwerben konnten, weil sie nicht über ein Smartphone verfügen“, berichtet Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. In den meisten Fällen könne das Ticket nämlich nur digital bezogen werden. „Es gibt zwar einige Verkehrsverbände, die es momentan als Papierticket oder Chipkarte anbieten. Aber auch diese Möglichkeit wird spätestens Ende des Jahres auslaufen. Dann gibt es nur noch die digitale Variante“, so Sackarendt weiter.

Zahlen zeigen jedoch, dass nur rund 70 Prozent der Senior*innen ein Smartphone besitzen.

„Damit werden etwa 30 Prozent der älteren Menschen von der Nutzung eines kostengünstigen ÖPNVs bewusst ausgeschlossen. Für uns ist es überhaupt nicht hinnehmbar, dass günstige und klimafreundliche Mobilität vom Besitz eines Smartphones abhängt“, betont der niedersächsische SoVD-Chef.

Deshalb fordert Niedersachsens größter Sozialverband, dass an allen Verkaufsstellen der Verkehrsverbände und in den Bahnhöfen das Deutschlandticket dauerhaft in Papierform oder als Chipkarte angeboten wird. „Ansonsten ist das Vorhaben der Regierung, mit dem Deutschlandticket alle Bürger*innen finanziell zu entlasten und einen Anreiz zur Nutzung von Bussen und Bahnen zu schaffen, nur ein leeres Versprechen und eine Farce“, so Sackarendt.



Foto: Julianna Slutsky / Adobe Stock

Aus Sicht des SoVD müssen alle Menschen mit dem Deutschlandticket die Möglichkeit haben, klimafreundlich und günstig unterwegs zu sein. Der Besitz eines Smartphones darf dafür keine Voraussetzung sein.